

Untersuchungen zum deutschen Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem

Herausgegeben von Prof. Dr. Bernhard Pfister

Finanzierungsprobleme im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Eingliederung der Heimatvertriebenen

Von

Prof. Dr. Günter Schmolders

unter Mitarbeit von H. Müller und H. Friederichs



VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT
BERLIN 1955

Schriften des Vereins für Sozialpolitik
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Neue Folge Band 6/II

SCHRIFTEN
DES VEREINS FÜR SOZIALPOLITIK

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Neue Folge Band 6/II

**Untersuchungen zum deutschen
Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem**

Herausgegeben von Prof. Dr. Bernhard Pfister

Erste Abteilung: GRUNDFRAGEN

**Finanzierungsprobleme im Zusammenhang mit der
wirtschaftlichen Eingliederung der Heimatvertriebenen**

Von Prof. Dr. Günter Schmolders
unter Mitarbeit von H. Müller und H. Friederichs



VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT
BERLIN 1955

Finanzierungsprobleme
im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen
Eingliederung der Heimatvertriebenen

Von

Prof. Dr. Günter Schmölders
unter Mitarbeit von H. Müller und H. Friederichs



VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT
BERLIN 1955

Alle Rechte vorbehalten

Inhalt

Einleitung	7
------------------	---

Erster Teil

Der Finanzbedarf für die soziale Eingliederung der Heimatvertriebenen

Vorbemerkung	20
I. Maßnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit	22
1. Die Umsiedlungsprogramme	24
2. Die Arbeitsbeschaffung für die Heimatvertriebenen	30
a) Das sogenannte „Schwerpunktprogramm“	31
b) Das 200-Mio.-DM-Sofortprogramm	34
c) Das „Sanierungsprogramm“	36
d) Der Kost-Plan	39
3. Der Wohnungsbau für die Heimatvertriebenen	41
II. Die Eingliederung der Flüchtlingsbetriebe in die westdeutsche Industriewirtschaft	53
Vorbemerkung	53
1. Die Kreditaktionen für die heimatvertriebene gewerbliche Wirtschaft	55
2. Der Kapitalmangel der Flüchtlingsunternehmen	61
3. Die Auswirkung der Kredite	63
4. Steuerliche Maßnahmen zur Konsolidierung der Betriebe	65
5. Konsolidierung durch Kreditverbilligung	67
6. Allgemeine Erfordernisse für eine erfolgreiche Eingliederung	68
III. Die Eingliederung der heimatvertriebenen Landbevölkerung	70
1. Die bisherigen Maßnahmen der Eingliederung	70
2. Die vorgesehene Bereitstellung von Mitteln und Vergünsti- gungen gemäß BVFG.	72
3. Die Bilanz	77
IV. Die Flüchtlingslager und ihre Finanzierung	78
1. Die Notaufnahmelager	78
2. Die „Dauerlager“ in der Bundesrepublik und ihre Auflösung	81

V. Sonstige Förderungsmaßnahmen	83
1. Der Schlüchternplan	83
2. Maßnahmen zur Eingliederung der heimatvertriebenen Jugend	85
3. Altersversorgung, Mittelstandsprogramm, Suchdienst und Währungsausgleich	89
VI. Unterhaltshilfe und Hausratbeschaffung	91
1. Unterhaltshilfe	91
2. Hausrathilfe	94
VII. Gesamtaufwand und Gesamteingliederungsbedarf	96
1. Der bisherige Gesamtaufwand zur Eingliederung der Ver- triebenen	96
2. Schätzungen über den Gesamteingliederungsbedarf der Ver- triebenen	101

Zweiter Teil

Die Beschaffung der Mittel für die Eingliederung der Heimatvertriebenen

I. Der Lastenausgleich	110
Vorbemerkung	110
1. Das Soforthilfegesetz als Vorläufer des Lastenausgleichs	112
2. Überblick über die Größenordnungen des Lastenausgleichs ..	118
3. Die Ausgleichsabgaben	122
1. Die Vermögensabgabe (§§ 16 bis 90 LAG.)	122
2. Die Währungsgewinnabgaben	124
a) Die Hypothekengewinnabgabe	125
b) Die Kreditgewinnabgabe	126
3. Beiträge des Bundes und der Länder an den Ausgleichsfonds	127
4. Die Ausgleichsleistungen	129
5. Volkswirtschaftliche und finanzwissenschaftliche Betrachtungen zum Lastenausgleich	133
6. Die Mobilisierung der Lastenausgleichsschuld	145
7. Die Lastenausgleichsbank	147
8. Lastenausgleich und Gesamteingliederungsbedarf	151
II. Die Finanzierung auf dem Wege der Kreditschöpfung	154
III. Die Hilfe des Auslands für die deutschen Vertriebenen	155
1. Die Unterstützung mit finanziellen Mitteln	155
2. Auswanderung als Lösung des Vertriebenenproblems?	159
Schluß	162

Einleitung

Der zweite Weltkrieg hat für die ganze Welt, besonders aber für Deutschland ein Problem aufgeworfen, das tief in die Bereiche des Staates, der Wirtschaft und letztlich auch in das Privatleben des Einzelnen hineingreift — die Eingliederung der Vertriebenen. Von seiner Lösung hängt die Zukunftsgestaltung Deutschlands ab. Eine Aufgabe, die nicht gerade zu den leichtesten zu rechnen ist, denn die vielseitigen Auswirkungen der Ausweisung, in ihrer Tragweite kaum zu erkennen, haben Fragen aufgeworfen, für die es zunächst keine Beantwortung gab; das Flüchtlingsproblem von heute unterscheidet sich von denen der Vergangenheit nicht nur durch seinen Katastrophencharakter und seine politischen Hintergründe, sondern vor allem durch die gewaltigen Ausmaße. Es wäre daher abwegig, Parallelen in der Geschichte zu suchen und dadurch die aufgeworfenen Fragen lösen zu wollen. Eine wissenschaftliche Erforschung der Vertriebenenfrage wurde aus diesem Grunde dringend erforderlich; Volkswirtschaft, Finanzwissenschaft, Soziologie, Psychologie, Volkskunde und Raumforschung sind nunmehr an der Lösung dieses außerordentlich bedeutsamen Problems beteiligt. Die mit ihrer Hilfe gewonnenen Ergebnisse müssen die Grundlage für alle Maßnahmen bilden, die zur Lösung der Vertriebenenfrage vorgenommen werden sollen. Der weitaus größte Teil dieser Maßnahmen beginnt und endet jedoch im finanziellen Sektor. — Damit werden der Bundesrepublik riesige Lasten auferlegt, deren Gewicht eine befriedigende Lösung bisher unmöglich machte.

Die Entstehung des Vertriebenenproblems und damit die Zusammenballung der Bevölkerung überhaupt beruht einerseits auf der im Potsdamer Abkommen beschlossenen Ausweisung von 6,65 Mio. Menschen, andererseits auf der gleichzeitig einsetzenden Heimkehr der ehemaligen Wehrmachtangehörigen und Evakuierten. Art. XIII des Potsdamer Abkommens sagt: „Die drei Regierungen erkennen nach allseitiger Überprüfung der Frage an, daß eine Umsiedlung der in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn verbliebenen deutschen Bevölkerung oder eines Teiles dieser Bevölkerung erfolgen muß. Sie stimmen überein, daß jede Umsiedlung, die stattfinden wird, auf organisierte und humane Weise vorgenommen werden soll.“ Der Kontrollausschuß wurde angewiesen, „der gerechten Verteilung dieser Deutschen auf alle Besatzungszonen besondere Aufmerksamkeit zu schenken“.

Die tatsächliche Bevölkerungsbewegung betrug dagegen 9 476 000. Frankreich hielt, da es am Potsdamer Abkommen nicht beteiligt war, den auf Grund dieser Vereinbarung Ausgewiesenen die Zone verschlossen. Die sowjetische Besatzungszone nahm einen Anteil von 3,6 Mio. auf, von denen inzwischen jedoch viele als Flüchtlinge in die westdeutsche Bundesrepublik gekommen sind.¹

Die Bundesrepublik mußte seit Beginn der Ausweisung bis Ende 1953 rund 8,5 Mio. Vertriebene und weitere 2,2 Mio. Menschen aus der sowjetischen Besatzungszone aufnehmen. Der genaue Zugang seit 1946 wird in folgender Tabelle wiedergegeben:

Tabelle 1

Die Entwicklung der Vertriebenen-Bevölkerung und der Zugewanderten aus der sowjetischen Besatzungszone und Berlin

Berichtszeit	Bevölkerung insgesamt	Einheimische		davon Vertriebene		Zugewanderte	
		Zahl	v.H. (Sp.1)	Zahl	v.H. (Sp.1)	Zahl	v.H. (Sp.1)
29. Oktober 1946 ..	43 942 000	36 965 782	84,1	5 955 404	13,6	1 021 014	2,3
1. Juli 1948	46 958 000	40 011 017	85,2	6 946 983	4,8	—	—
31. Dezember 1949	47 679 000	38 715 114	61,2	7 674 739	16,1	1 289 147	2,7
13. September 1950	47 695 672	38 264 386	80,2	7 876 211	16,5	1 555 075	3,3
1. Oktober 1951 .	48 195 000	38 393 502	79,6	8 082 598	16,8	1 718 900	3,6
1. April 1952.....	48 370 900	38 441 600	79,5	8 143 600	16,8	1 785 700	3,7
1. Oktober 1952 .	48 593 500	38 522 000	79,3	8 214 400	16,9	1 857 100	3,8
1. Juli 1953	48 993 900	38 597 300	78,7	8 355 700	17,1	2 040 900	4,2
1. Oktober 1953 .	49 148 000	38 645 000	78,6	8 403 000	17,2	2 100 000	4,3
1. Januar 1954 ..	49 278 000	38 674 000	78,5	8 451 000	17,1	2 153 000	4,4
1. März 1954	49 388 000	38 701 000	77,3	8 445 000	17,1	2 242 000	5,6

Nach § 1 des Gesetzes über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz — BVFG) ist **V e r t r i e b e n e r**, „wer als deutscher Staatsangehöriger oder deutscher Volkszugehöriger seinen Wohnsitz in den zur Zeit unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten oder in den Gebieten außerhalb der Grenze des Deutschen Reiches nach dem Gebietsstand vom 31. Dezember 1937 hatte und diesen im Zusammenhang mit den Ereignissen des zweiten Weltkrieges infolge Vertreibung, insbesondere durch Ausweisung oder Flucht, verloren hat“. Es handelt sich hierbei in der Hauptsache um frühere Bewohner der Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie, ferner

¹ Frings, Paul: Das internationale Flüchtlingsproblem 1919—1950, Frankfurt 1951, S. 130.

aus Danzig, den baltischen Ländern, aus Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien und Albanien, also um die sogenannten „Volksdeutschen“. Der Strom dieser Vertriebenen brach, wie auch aus den obigen Zahlen hervorgeht, 1945/46 mit Unwetterplötzlichkeit in die Bundesrepublik herein. Diesem folgte in den nächsten Jahren die nicht endenwollende Kette der Flüchtlinge aus der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands. Nach § 3 BVFG ist *Sowjetzonenflüchtling*, wer als Staatsangehöriger oder deutscher Volkszugehöriger seinen Wohnsitz in der sowjetischen Besatzungszone oder im sowjetisch besetzten Sektor von Berlin hat oder gehabt hat und dort wegen einer unmittelbaren Gefahr für Leib und Leben oder die persönliche Freiheit flüchten mußte.

Sickerten bis zum Dezember 1952 „nur“ jährlich 200 000 bis 250 000 Personen über die „grüne Grenze“, so gaben die Sperrmaßnahmen an der Zonengrenze und damit die Kanalisierung auf Westberlin dem Flüchtlingsstrom einen Massencharakter. Seit Dezember 1952 nahm die Zahl der Flüchtlinge überraschend zu und erreichte im März 1953 mit 16 000 Flüchtlingen in der Woche ihren Höhepunkt. Im Jahre 1953 wurden insgesamt 327 644 Personen in den Berliner Notlagern aufgenommen und von dort aus auf die einzelnen Länder der Bundesrepublik verteilt.

Es ist verständlich, wenn man das Vertriebenenproblem im Ausland zunächst als selbstverschuldete Kriegsfolge und innerdeutsches Problem betrachtete und daraus den Schluß zog, Deutschland müsse sich allein helfen, zumal man die politische Bedeutung und das Ausmaß dieser modernen Völkerwanderung nicht übersehen konnte. Von den Besatzungsmächten war anlässlich der Währungsreform ausdrücklich betont worden, daß es sich bei der Eingliederung der Heimatvertriebenen um eine spezifisch deutsche Angelegenheit handele. Inzwischen hat sich jedoch die Überzeugung durchgesetzt, daß die Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik allein nicht ausreicht, die Lösung des Vertriebenenproblems herbeizuführen. Allerdings ist von der Erkenntnis der Notwendigkeit ausländischer Hilfe bis zu ihrer Verwirklichung noch ein weiter Weg, wobei jedoch die Leistungen von ausländischen Verbänden, Kirchen und Einzelpersonen nicht unerwähnt bleiben dürfen.² Die Rückwirkungen, die aus einer Lösung dieses Problems auf die Wirtschaft Westdeutschlands zwangsläufig ausgehen mußten, begegneten auch im Ausland um so größerem Interesse, je mehr Westdeutschland ein wichtiger Teil der europäischen Wirtschaft wurde; eine Entwicklung, die besonders durch die im Rahmen des Marshallplans sich bildende europäische Zusammenarbeit gefördert wurde. — Zu bedenken ist auch, daß es für das Ausland nicht nur „das deutsche Vertriebenenproblem“

² s. S. 155 Die Hilfe des Auslands.